Woche bis Freitag, den 6. Juni 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Alle sind sich einig:
Die Inflation ist ein Problem. 2
Rohölpreis erneut auf Höhenflug 2

Internationale Aktienmärkte im Überblick 3

USA 4

Europa 4
Bank of England und EZB lassen
Zinsen unverändert 5

Asiatisch-pazifischer Raum 6

Währungen 7
Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 8

Indikatoren-Übersicht 9
Europa 9
Eurozone 9
Deutschland 10

Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 11
Australien 11

USA 12

Fazit und Ausblick 15

Vorausschau
9. – 13. Juni 2008 15

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Alle sind sich einig: Die Inflation ist ein Problem.

Internationale Finanzmärkte

Es war eine unruhige Woche an den internationalen Finanzmärkten. Äußerungen und Maßnahmen von Notenbanken in aller Welt rückten das Thema Inflationsgefahr noch stärker in den Brennpunkt. Notenbankchefs in den USA, Europa und Asien zeigten sich in Erklärungen, die nach turnusmäßigen Sitzungen veröffentlicht wurden, und in Reden besorgt über den wachsenden Inflationsdruck. In Asien schlossen sich die Notenbanken Indonesiens und der Philippinen denen in Vietnam und Pakistan an und erhöhten die Zinsen, um den Preisschub, besonders bei Brennstoffen und Lebensmitteln, zu bremsen. In Indien und Malaysia wird mit ähnlichen Schritten gerechnet, nachdem die Regierungen der beiden Länder die Benzinpreise angehoben hatten, um die erdrückende Kostenlast staatlicher Subventionen zu reduzieren. In vielen asiatischen Ländern werden die Brenn- und Kraftstoffpreise künstlich niedrig gehalten, um die Kosten für die Verbraucher zu senken.

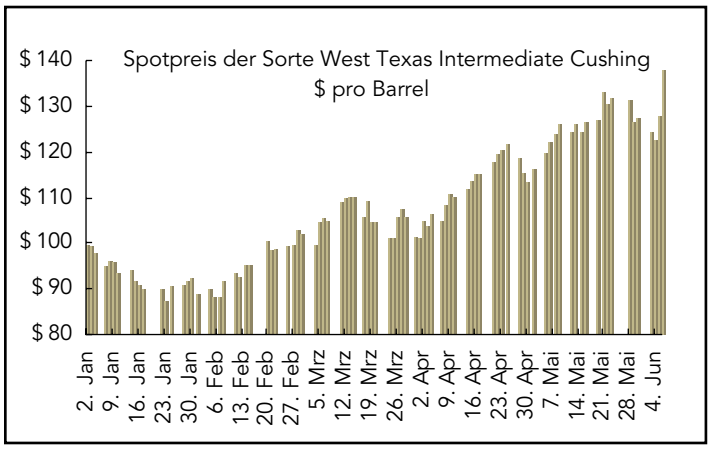
Auf der Geldmarktkonferenz in Barcelona waren sich US-Notenbankchef Bernanke, EZB-Präsident Trichet und der Gouverneur der Bank of Japan, Masaaki Shirakawa, darin einig, dass der hartnäckige Inflationsdruck eines der Risiken darstellt, mit denen die Notenbanken konfrontiert sind. Reaktionen der Märkte rief Bernanke aber vor allem mit seinen Bemerkungen zum Wert des Dollars hervor. Er sagte, die Fed verfolge sehr aufmerksam den Einfluss von Wechselkursänderungen auf die Inflation und die Inflationserwartungen. Bernanke zufolge hat die Federal Reserve die Zinsen „substanziell und proaktiv" gesenkt. Er erklärte außerdem, die duale Aufgabe der Fed – Förderung des Wachstums und Eindämmung der Inflation – werde maßgeblich für einen weiterhin starken und stabilen Dollar sorgen. Der US-Notenbankchef führte aus, die Inflation sei zwar hoch, aber bislang hätten sich die Kostensteigerungen nur in begrenztem Ausmaß auf die Preise von Arbeit und Gütern ausgewirkt. Der Dollar reagierte auf diese Äußerungen mit einem Anstieg gegenüber Euro und Yen, und die Rohstoffpreise gingen spürbar zurück. Wie sich herausstellte, war diese Entwicklung aber nur von kurzer Dauer, da Trichet im Anschluss an die EZB-Ratssitzung noch schärfere stabilitätspolitische Töne anschlug, als es Bernanke am Dienstag getan hatte. Unter anderem spielte Trichet auf eine mögliche Zinserhöhung (eventuell schon im Juli) an, woraufhin der Dollar erneut die Richtung wechselte und der Euro und die Rohstoffpreise anzogen.

Im Wochenergebnis fielen die meisten Aktienindizes. Ausnahmen waren der Nikkei, der Topix und der Taiex in Asien sowie der S&P/TSX Composite in Nordamerika.

Rohölpreis erneut auf Höhenflug

Der Rohölpreis kletterte am Freitag auf einen neuen Rekordstand. Für den kräftigen Anstieg gab es mehrere Gründe: die Schwäche des Dollars gegenüber dem Euro, nachdem die EZB mögliche Zinserhöhungen signalisiert hatte, die verschärfte verbale Auseinandersetzung mit dem Iran, technische Käufe von Hedgefonds, die nach Spekulationen auf sinkende Rohölpreise gezwungen waren, aus Short-Positionen auszusteigen, und die Ölknappheit in China. Der Spotpreis beendete die Woche bei 138,54 $ je Barrel und lag damit leicht unter dem zwischenzeitlich erreichten Allzeithoch von über 139 $. Zu Beginn der Woche war der Rohölpreis unter Druck geraten, als mehrere asiatische Regierungen begannen, die Subventionierung von Treibstoff zu reduzieren, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Die robuste Nachfrage aus Asien hatte maßgeblich zum Anstieg der Ölpreise beigetragen, und deshalb veranlasste die Aussicht auf einen möglichen Rückgang des Verbrauchs in der Region einige Hedgefonds, auf fallende Ölpreise zu spekulieren. Sie waren jedoch zur Glattstellung dieser Positionen gezwungen, als der Ölpreis am Donnerstag scharf die Richtung wechselte. Zuvor hatte der Dollar auf das unmissverständliche Signal der EZB, die Zinsen in der Eurozone würden wahrscheinlich im Juli steigen, mit Schwäche gegenüber dem Euro reagiert.

Rohöl so teuer wie noch nie



Internationale Aktienmärkte im Überblick

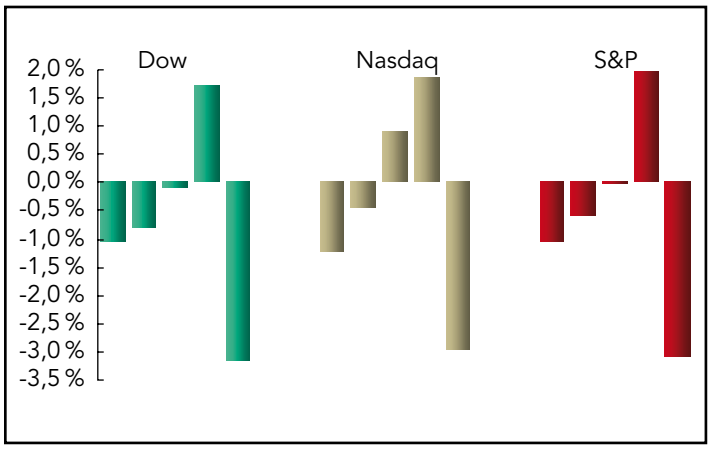
	Index	2007 31. Dezember	2008 30. Mai	2008 6. Juni	Veränderung in % Woche	Veränderung in % Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	5.773,9	5.691,2	-1,4 %	-11,4 %
Japan	Nikkei 225	15.307,8	14.338,5	14.489,4	1,1 %	-5,3 %
	Topix	1.475,7	1.408,1	1.428,1	1,4 %	-3,2 %
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	24.533,1	24.402,2	-0,5 %	-12,3 %
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.852,0	1.832,3	-1,1 %	-3,4 %
Singapur	STI	3.482,3	3.192,6	3.146,7	-1,4 %	-9,6 %
China	Shanghai Composite	5.261,6	3.433,4	3.329,7	-3,0 %	-36,7 %
Indien	Sensex 30	20.287,0	16.415,6	15.572,2	-5,1 %	-23,2 %
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	2.444,4	2.402,2	-1,7 %	-12,5 %
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	1.276,1	1.248,6	-2,2 %	-13,6 %
Philippinen	PSEi	3.621,6	2.827,4	2.739,7	-3,1 %	-24,4 %
Taiwan	Taiex	8.506,3	8.619,1	8.745,4	1,5 %	2,8 %
Thailand	SET	858,1	833,7	817,3	-2,0 %	-4,8 %
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	6.053,5	5..906,8	-2,4 %	-8,5 %
Frankreich	CAC	5.614,1	5.014,3	4.795,3	-4,4 %	-14,6 %
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	7.096,8	6.803,8	-4,1 %	-15,7 %
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	12.638,3	12.209,8	-3,4 %	-8,0 %
	NASDAQ	2.652,3	2.522,7	2.474,6	-1,9 %	-6,7 %
	S&P 500	1.468,4	1.400,4	1.360,7	-2,8 %	-7,3 %
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	14.714,7	14.969,6	1,7 %	8,2 %
Mexiko	Bolsa	29.536,8	31.975,5	31.149,1	-2,6 %	5,5 %

Die Börsen in Südkorea waren am Freitag, den 6. Juni geschlossen.

USA

Der Dow Jones stürzte am Freitag um 3,1 % ab und beendete die Woche deutlich im Minus, hauptsächlich bedingt durch die Veröffentlichung schlechter Arbeitsmarktzahlen. Dabei hatten ein Rückgang bei den Erstanträgen auf Arbeitslosenunterstützung und eine erfreuliche Umsatzentwicklung im Einzelhandel dem Dow noch am Donnerstag zu einem Plus von 1,7 % verholfen. Am Freitag brachen die Kurse dann jedoch unter dem Gewicht eines pessimistischen Arbeitsmarktberichts und kräftig steigender Rohölpreise ein. Die Beschäftigung ging zwar weniger deutlich zurück als erwartet, gleichzeitig allerdings – und das war eine wirklich schlechte Nachricht – stieg die Arbeitslosenquote gegenüber April von 5 % auf 5,5 %. Es ist indessen zu erwähnen, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Teil auf negative Saisonbereinigungsfaktoren zurückzuführen ist. Dies lässt sich bisweilen zum Ferienbeginn beobachten, wenn Schüler und Studenten früher in den Arbeitsmarkt eintreten als erwartet. Der Anstieg der Rohölpreise hatte mehrere Gründe. Neben dem weiteren Kursverfall des Dollar gegenüber dem Euro als Reaktion auf Signale der Europäischen Zentralbank (EZB), dass sie die Zinsen womöglich wieder anheben wolle, sind schärfere Töne gegenüber dem Iran, technisch bedingte Käufe und Lieferengpässe in China zu nennen. Der S&P 500 fiel in allen Bereichen, mit Ausnahme der Energieerzeuger. Der schwächere Arbeitsmarkt hatte die Besorgnis verstärkt, dass die Verbraucher, ohnehin gebeutelt vom fallenden Wert ihrer Eigenheime und dem Anstieg der Kraft- und Brennstoffpreise, ihre Ausgaben senken werden.

Die Woche an der US-Börse

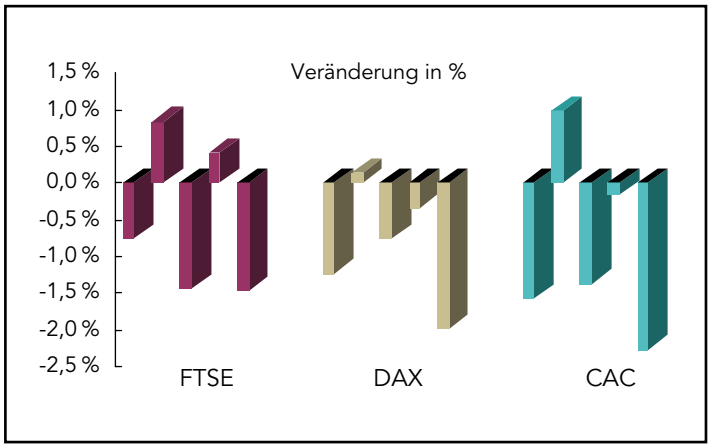


Der Dow verlor in der vergangenen Woche 3,4 %, S&P 500 und Nasdaq büßten 2,8 % beziehungsweise 1,9 % ein.

Europa

FTSE, CAC und DAX notierten in der letzten Woche schwächer. Für den britischen Index war es die dritte negative Woche in Folge. Am Freitag drehten die Aktienmärkte nach positivem Handelstauftakt schnell ins Minus, als schwache US-Arbeitsmarktdaten veröffentlicht wurden. Gewinne verzeichneten nur die Rohstofftitel. Diesen standen jedoch Verluste bei den Bankwerten gegenüber, hinter denen in erster Linie Konjunktursorgen standen. Die Ölpreise legten am Freitag kräftig zu. Hintergrund war die Schwäche des Dollars in Verbindung mit dem unerquicklichen US-Arbeitsmarktbericht, der ein weiteres Indiz dafür lieferte, dass es der Fed zurzeit kaum möglich ist, den Leitzins zu erhöhen, um die Inflation im Zaum zu halten. Anfängliche Kursgewinne wurden am Freitag durch die Reaktion der Märkte auf die US-Arbeitsmarktdaten rasch zunichte gemacht. Der FTSE verbesserte sich an zwei von fünf Handelstagen, während DAX und CAC an vier von fünf Tagen sanken.

FTSE, DAX und CAC

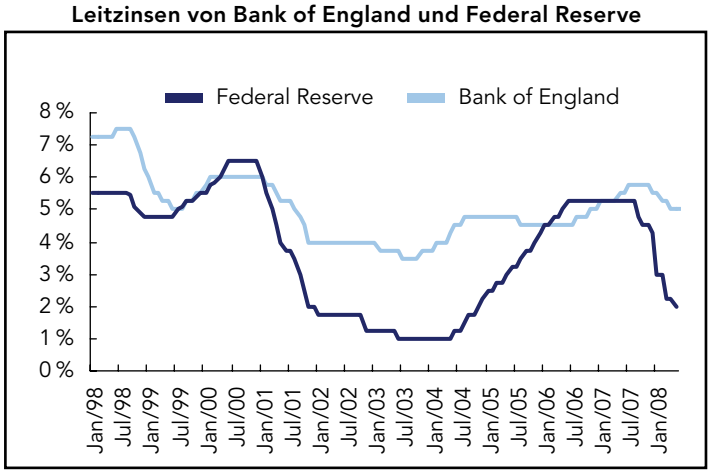


Die Verluste des FTSE fielen erneut geringer aus als die der kontinentaleuropäischen Indizes. Der FTSE sank um 2,4 %, DAX und CAC beendeten die Woche um 4,1 % beziehungsweise 4,4 % im Minus. Die Anleger in Kontinentaleuropa glauben noch nicht an die Möglichkeit einer Zinserhöhung. In Großbritannien unterdessen ist die Kluft zwischen Wachstum und Teuerung ausgeprägter.

Bank of England und EZB lassen Zinsen unverändert

Die Bank of England (BoE) ließ ihren Leitzins wie erwartet unverändert bei 5 %. Der geldpolitische Ausschuss (MPC) hatte die Zinsen zuletzt auf seiner April-Sitzung um einen Viertelprozentpunkt gesenkt. Nun steckt der MPC in der Klemme, denn während die Inflationsrate steigt, verliert das Wachstum an Fahrt. BoE-Gouverneur Mervyn King hatte im Anschluss an die Vorstellung des vierteljährlichen Inflationsberichts im letzten Monat erklärt, er erwarte eine weitere Zunahme des Preisauftriebs über den bereits deutlich erhöhten Wert von gegenwärtig 3 %. Das Inflationsziel der BoE liegt bei 2 %. Steigt oder sinkt die Teuerungsrate um mehr als 1 Prozentpunkt, muss der Notenbankgouverneur in einem Schreiben an den Schatzkanzler erklären, wie das Inflationsziel wieder erreicht werden soll.

Leitzinsen von Bank of England und Federal Reserve

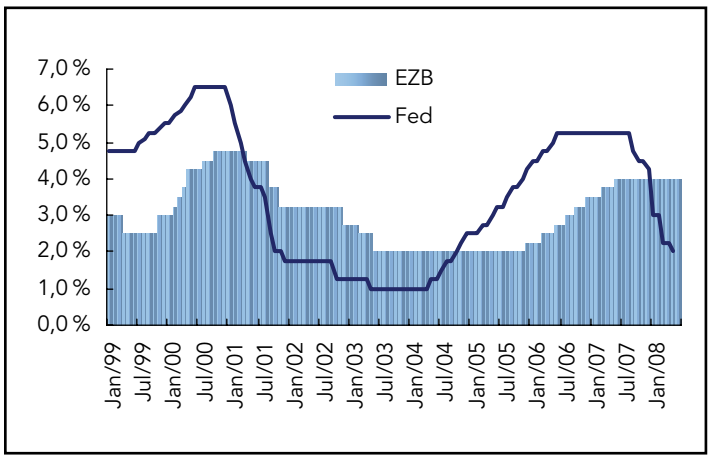


Die jüngsten Konjunkturdaten fielen schwach aus, darunter auch die besonders wichtigen Immobilienpreise, die einen noch schnelleren Rückgang signalisierten. Der zu Wochenbeginn veröffentlichte Einkaufsleiter-Index für den Dienstleistungssektor sank unter den Schwellenwert von 50 Punkten auf 49,8. Aktuelle Produktionszahlen für die Industrie werden nicht vor Ende dieser Woche bekannt gegeben – im März waren sie überraschend deutlich gefallen. Dennoch wird es für die BoE ausgesprochen schwierig, eine Zinssenkung auch nur zu erwägen, solange die Inflation ihren Höhepunkt nicht überschritten hat.

Großbritannien hat den höchsten Leitzins unter den G7-Staaten, Japan dagegen hat von allen Industrienationen die niedrigsten Zinsen. Die BoE gab keine Stellungnahme zu ihrer Zinsentscheidung ab, sodass sich die Beobachter bis zur Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls in zwei Wochen gedulden müssen.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** ließ ihren maßgeblichen Zinssatz bei 4 %. Die Märkte hatten erwartet, dass die Bank weiter im Leerlauf bleibt – trotz ihrer Entschlossenheit, vor allem dafür zu sorgen, dass die Inflationserwartungen gut verankert sind und inflationäre Zweitrundeneffekte ausbleiben. Die Aussagen von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet auf seiner Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des EZB-Rats sorgten dennoch für Aufregung unter den Zuhörern. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Lebensmittel- und Kraftstoffpreise teilte er überraschend mit, die Bank werde den Leitzins möglicherweise im nächsten Monat erhöhen, um eine Inflationsspirale zu vermeiden. Weiter sagte Trichet, die EZB sei im Hinblick auf die wachsenden Risiken für die Preisstabilität „in erhöhter Alarmbereitschaft". Er fügte an, der EZB-Rat habe über einen Zinsschritt diskutiert, dann jedoch entschieden, die Zinsen bei 4 % zu lassen. Die Wahrung der Preisstabilität ist die Hauptaufgabe der Europäischen Zentralbank, die in der vergangenen Woche ihr 10-jähriges Jubiläum feierte.

EZB-Zins unverändert



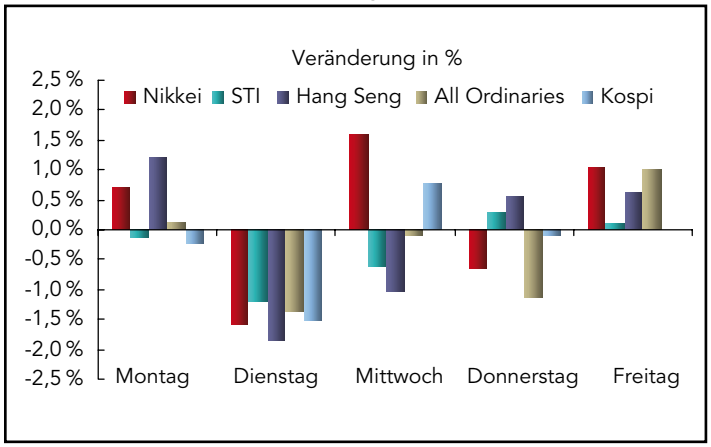
Der EZB-Rat nimmt, anders als die Federal Reserve und die Bank of England, keine formale Abstimmung vor, seine Entscheidungen fallen vielmehr nach dem Konsensprinzip. Unter den Ratsmitgliedern, so erklärte der EZB-Präsident, hätten drei unterschiedliche Meinungen geherrscht. Einige hätten sich für eine Zinssenkung ausgesprochen, während andere die Zinsen unverändert lassen wollten und wieder andere eine sofortige Erhöhung befürwortet hätten. Die EZB-Mitarbeiter korrigierten ihre vierteljährliche Inflationsprognose erneut nach oben. Die Preissteigerung, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), soll danach in diesem Jahr im Schnitt 3,4 % betragen und im nächsten Jahr auf 2,9 % sinken – eine erheblich höhere Teuerungsrate als noch vor drei Monaten vorhergesagt.

Der HVPI liegt weiter deutlich über dem Inflationsziel der EZB von 2 %, im März war er um 3,6 % gestiegen. Zudem hat sich das Wachstum der Geldmenge M3, die zweite Säule der geldpolitischen Strategie der EZB, auf mehr als das Doppelte des Referenzwerts von 4,5 % beschleunigt. Es sind allerdings Anzeichen einer konjunkturellen Abschwächung zu erkennen. So verschlechterte sich zum Beispiel das Geschäftsklima in Deutschland, Belgien und Frankreich ebenso wie der Geschäftsklimaindex der EU-Kommission. Auch die Umsätze im europäischen Einzelhandel entwickelten sich zuletzt enttäuschend. Die Konjunkturdaten schwanken von einem Mitgliedsland der Eurozone zum nächsten. Diese wachsenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Verfassung der einzelnen Länder komplizieren die Diskussion weiter. Einige Mitglieder wie Deutschland zeigen sich robust, während andere wie Irland und Spanien unter dem Zusammenbruch ihrer Immobilienmärkte leiden. Eine Zinserhöhung würde die Situation für diese Länder nur erschweren.

Asiatisch-pazifischer Raum

Die meisten Indizes in der Region sanken in der letzten Woche. Nur Nikkei, Topix und Taiex beendeten die Woche im Plus. Der japanische Aktienmarkt profitierte vom Wertverlust des Yen, der vor allem den Exportwerten Auftrieb gab. Der Taiex in Taiwan konnte sich erstmals seit drei Wochen wieder verbessern. Er stieg um 1,5 % und ist damit weiterhin das einzige Börsenbarometer im asiatisch-pazifischen Raum, das im bisherigen Jahresverlauf zugelegt hat. Niedriger notierten allen voran der Sensex (-5,1 %) und der Shanghai Composite (-3 %). Als am Freitag der US-Arbeitsmarktbericht veröffentlicht wurde, waren die asiatischen Börsen bereits geschlossen.

Börsen im asiatisch-pazifischen Raum

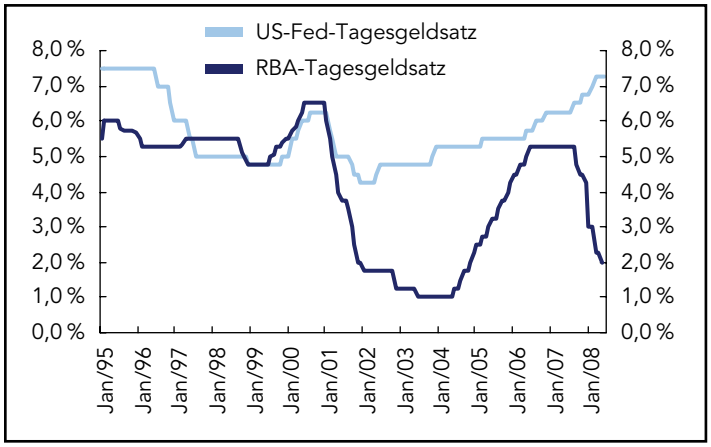


Zu Wochenbeginn waren die Märkte durch die Aussagen von Fed-Chef Ben Bernanke zur Inflation, sowie durch die Möglichkeit von Herabstufungen der Hypothekenversicherer Ambac und MBIA unter Druck geraten. Unterdessen hatten die Anfang der Woche sinkenden Rohölpreise den Rohstoffwerten zu schaffen gemacht. Der australische All Ordinaries fiel an drei von fünf Handelstagen – der deutliche Ölpreisrückgang in der Wochenmitte belastete insbesondere die Energietitel. Die Bergbauaktien verloren angesichts niedrigerer Rohstoffpreise ebenfalls an Boden. Die Anleger ließen sich im Wochenverlauf auch von einem unerwartet niedrigen Warenhandelsdefizit und einem überraschend deutlichen BIP-Wachstum nicht umstimmen. Der Kospi verlor in der feiertagsbedingt verkürzten Woche 1,1 %, obwohl die Exportwerte vom gesunkenen Won profitierten. Vor dem verlängerten Wochenende blieben die Marktteilnehmer vorsichtig (am Freitag waren die Börsen wegen eines gesetzlichen Feiertags geschlossen).

Reserve Bank of Australia

Die Reserve Bank of Australia (RBA) ließ ihren Leitzins wie erwartet im dritten Monat in Folge bei 7,25 % (höchster Wert seit zwölf Jahren), obwohl die Teuerungsrate deutlich über dem Zielband von 2-3 % liegt. Die Verbraucherpreise stiegen im ersten Quartal um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr – das war die höchste Inflationsrate seit 1991. Weitere Gründe für die Entscheidung der RBA waren das langsamere Wirtschaftswachstum, die knappere Liquidität und die allgemein schwierigere konjunkturelle Lage. Die jüngsten Äußerungen der australischen Währungshüter lassen sich dahingehend interpretieren, dass die RBA eine Verschlechterung der Binnennachfrage hinzunehmen gewillt ist, um die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Der Einzelhandel registrierte einen Umsatzrückgang, während andere Berichte auf eine Verschlechterung des Verbrauchervertrauens und des Geschäftsklimas hindeuteten. Darüber hinaus signalisierte die schwächere Nachfrage nach Hypothekendarlehen, dass die Binnennachfrage zuletzt bereits nachgelassen hat. Allerdings sieht die Notenbank die Voraussetzung für eine Rückkehr der Inflationsrate in den Bereich des Zielbands in einem deutlichen Rückgang der Nachfrage. In ihrer Stellungnahme erklärte die RBA, die Teuerungsrate sei in einem Umfeld begrenzter Kapazitätsreserven und zunächst kräftigen Nachfragewachstums seit nunmehr einem Jahr erhöht. Unter diesen Umständen, so die RBA weiter, habe sich der Ausschuss bemüht, die Nachfrage zu zügeln, um den Preisauftrieb mit der Zeit zu bremsen. Eine rapider Anstieg der Terms of Trade und eine Senkung der Einkommensteuer, die im Juli in Kraft tritt, dürften dem Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 2008 indessen wieder mehr Schwung verleihen.

RBA lässt Leitzins bei 7,25 %



Andere asiatische Zentralbanken

Reserve Bank of New Zealand – die RBNZ ließ ihren Leitzins bei 8,25 % (Rekordstand). In seiner Erklärung im Anschluss an die Sitzung des geldpolitischen Ausschusses wies Notenbankpräsident Alan Bollard auf den deutlichen Anstieg der weltweiten Öl- und Lebensmittelpreise bei gleichzeitiger Abschwächung des Wachstums hin. Er erwarte, so Bollard weiter, dass sich die Verbraucherpreisinflation im dritten Quartal bis auf 4,7 % beschleunigen, dann jedoch wieder bis in das Zielband von 1-3 % zurückkehren werde.

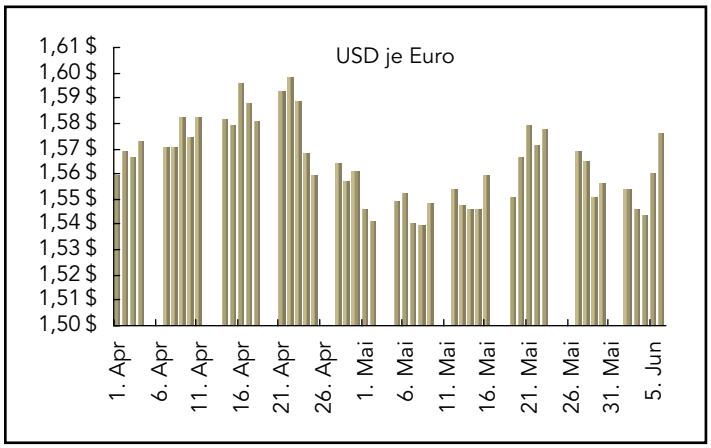
Bank Indonesia – die indonesische Notenbank erhöhte die Zinsen im zweiten Monat in Folge. Den Zinssatz für das Refinanzierungsgeschäft hob sie von 8,25% auf 8,5 % an. Die Bank Indonesia versucht zu verhindern, dass die Inflationsrate die Vorhersage vom Jahresende in Höhe von 11,5-12,5 % übersteigt, während die Unternehmen die gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Kraft- und Brennstoffe an die Bevölkerung weitergeben.

Bangko Sentral ng Pilipinas – die Zentralbank der Philippinen erhöhte ihren Leitzins um einen Viertelprozentpunkt auf 5,25 % (erster Zinsschritt seit über zwei Jahren).

Indonesien und die Philippinen schlossen sich Vietnam und Pakistan an, die die Zinsen bereits im letzten Monat angehoben hatten, um die Inflation zu bekämpfen. Die Teuerung in Asien wird durch die stark erhöhten Ölpreise und die steigenden Preise für Reis und Weizen angeheizt. Beobachter erwarten, dass auch Indien und Malaysia diesem Schritt folgen werden, nachdem ihre Regierungen bereits die Benzinpreise angehoben hatten, um die hohen Kosten für die Subventionierung von Kraftstoffen zu reduzieren. Die State Bank of Vietnam (SBV) hatte ihren Leitzins am 19. Mai von 8,75 % auf 12 % heraufgesetzt – noch bevor ein Bericht den Anstieg der Inflationsrate auf 25,2 % im Mai offenbarte. In Pakistan wurden die Zinsen am 22. Mai um 1,5 Prozentpunkte auf 12 % angehoben. Zuvor hatte die Zentralbank bekannt gegeben, dass die Teuerungsrate in diesem Jahr durchschnittlich über 11 % betragen könnte. Der Zielwert der Bank liegt bei 6,5 %.

Währungen

Euro



Der Euro legte am Donnerstag und Freitag kräftig zu, nachdem er in der Wochenmitte, als Reaktion auf die Äußerungen des Fed-Vorsitzenden Bernanke, nachgegeben hatte. Die Bemerkung von EZB-Präsident Trichet, dass eine Zinserhöhung im nächsten Monat möglich sei, bereitete den Boden für den deutlichsten Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar seit April wie auch für Verbesserungen gegenüber Yen und Pfund. Zuvor war die europäische Gemeinschaftswährung im Verhältnis zum Dollar drei Tage in Folge gesunken. Der Yen fiel gegenüber dem Greenback auf den niedrigsten Stand seit drei Monaten und geriet auch gegenüber dem Euro unter Druck. Steigende Aktienkurse hatten die Anleger ermuntert, höher rentierliche Wertpapiere zu kaufen und durch Schuldenaufnahme in Währungen mit niedrigem Zinsniveau, wie dem Yen, zu finanzieren. Der Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar dauerte auch am Freitag nach der Veröffentlichung des schwachen US-Arbeitsmarkberichts an. Die EZB ließ ihren maßgeblichen Zinssatz bei 4 %. Auf diesem Niveau – dem höchsten seit sechs Jahren – liegt er seit Juni 2007. Die Federal Reserve hat ihren Tagesgeldsatz seit September in sieben Schritten auf 2 % gesenkt, um eine Rezession abzuwenden.

Am Dienstag hatte Fed-Chef Bernanke erklärt, der schwache Dollar habe „zu dem unerwünschten Anstieg der Einfuhrpreise und der Verbraucherpreisinflation beigetragen". Weiter hatte Bernanke gesagt, die US-Notenbank werde genau beobachten, wie sich die Veränderungen des Dollarkurses auf Inflation und Inflationserwartungen auswirkten. Als Reaktion auf Bernankes Äußerungen legte der Dollar innerhalb von Minuten um zwei Cent gegenüber dem Euro zu und verbesserte sich auch gegenüber anderen Währungen drastisch. Es ist höchst ungewöhnlich, dass sich ein Vertreter der Federal Reserve zum Dollar äußert. Zumindest die Devisenhändler, die Dollar kauften, verstanden dies als Signal, dass Bernanke bei der Unterstützung der US-Währung die Vorreiterrolle übernimmt. Die Reaktionen bei Staatsanleihen und Fed-Funds-Futures fielen nicht annähernd so deutlich aus wie an den Devisenmärkten. Die Währungspolitik fällt in den USA in den Zuständigkeitsbereich des Finanzministers, nicht in den der Notenbank.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2007	2008		Veränderung in %	
		31. Dezember	30. Mai	6. Juni	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,956	0,9627	0,7 %	9,7 %
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,7740	0,774	0,786	1,6 %	1,5 %
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	1,006	0,9812	-2,5 %	-3,0 %
Eurozone	Euro	1,460	1,556	1,5773	1,4 %	8,0 %
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,981	1,9698	-0,6 %	-0,7 %
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,942	6,9230	0,3 %	5,4 %
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,804	7,8078	0,0 %	-0,1 %
Indien	Rupie	39,410	42,160	43,0200	-2,0 %	-8,4 %
Japan	Yen	111,710	105,380	104,9950	0,4 %	6,4 %
Malaysia	Ringgit	3,306	3,237	3,2578	-0,6 %	1,5 %
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,362	1,3636	-0,1 %	5,3 %
Südkorea	Won	935,800	1027,750	1031,5000	-0,4 %	-9,3 %
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	30,350	30,4500	-0,3 %	6,5 %
Thailand	Baht	29,500	32,445	33,1600	-2,2 %	-11,0 %
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,042	1,0192	2,3 %	11,2 %

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg

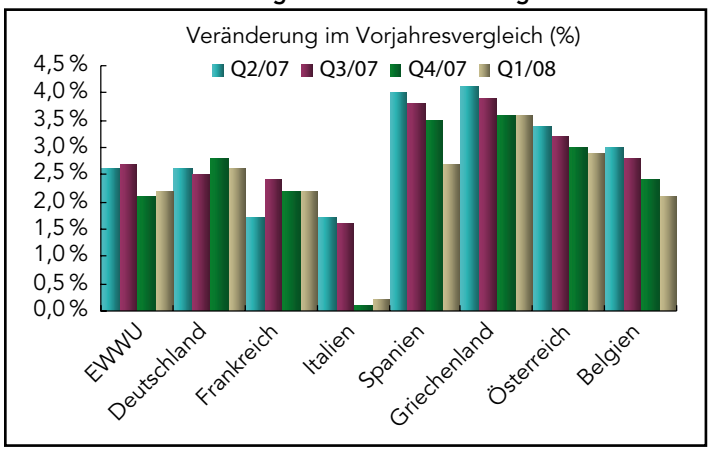
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

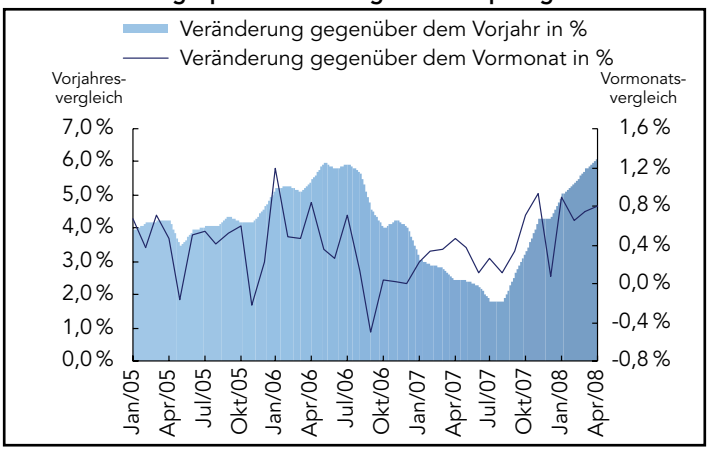
Das BIP-Wachstum für das erste Quartal wurde gegenüber der ersten Schätzung von 0,7 % auf 0,8 % nach oben korrigiert. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 %. Unter den Komponenten auf der Ausgabenseite verzeichneten die Bruttoanlageinvestitionen ein Plus von 1,6 %, nachdem sie bereits im Vorquartal um 1,0 % gestiegen waren. Die Staatsausgaben nahmen um 0,4 % zu, während das Anwachsen der Lagerbestände, das den Saldo im vierten Quartal 2007 um 0,1 Prozentpunkte gesenkt hatte, ihn nun um 0,2 Prozentpunkte erhöhte. Die Ausgaben der privaten Haushalte legten leicht um 0,2 % zu, nachdem sie im Schlussquartal um 0,1 % gesunken waren.

BIP-Wachstum in ausgewählten EWWU-Mitgliedsstaaten



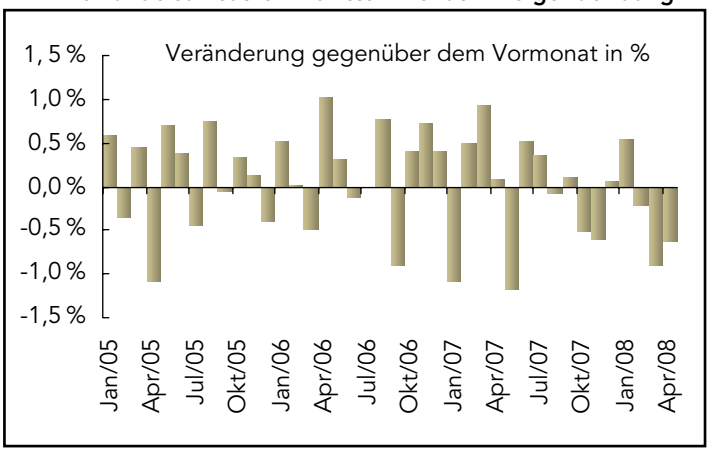
Der Erzeugerpreisindex (ohne Baugewerbe) stieg im April um 0,8 % im Vormonats- und um 6,1 % im Vorjahresvergleich – das war die größte Preissteigerung seit Oktober 2000. Hinter dem Preisanstieg gegenüber März steht vor allem ein Plus im Energiesektor von 2,0 % gegenüber dem Vormonat und 14,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Kern-Erzeugerpreisindex (ohne Energie) erhöhte sich um 0,4 % im Vergleich zum Vormonat und 3,7 % gegenüber April 2007. Unter den anderen Hauptkategorien verzeichnete der Bereich Zwischenprodukte den deutlichsten Anstieg (0,7 % gegenüber März), mit Abstand gefolgt von Investitionsgütern (0,2 %), langlebigen Konsumgütern und Verbrauchsgütern (jeweils 0,1 %). Die deutlichste monatliche Steigerung unter den größeren Mitgliedsländern registrierten Deutschland (1,1 %), Spanien (0,8 %), Frankreich (0,7 %) und Italien (0,4 %).

Erzeugerpreisindex steigt erneut sprunghaft



Die Umsätze des Einzelhandels fielen im April um 0,6 %. Der Umsatzrückgang für März wurde von -0,4 % auf -0,9 % nach unten korrigiert. Verglichen mit dem Vorjahr sanken die Verkaufszahlen um 3 %. Angeführt wurde die monatliche Verringerung von der Kategorie Lebensmittel, Getränke & Tabak (-1,0 %), allerdings registrierten auch die anderen Sektoren ein klares Minus gegenüber dem Vormonat (-0,5 %) und mussten in den letzten drei Monaten sogar noch deutlichere Einbußen hinnehmen. Rückläufig waren die Einzelhandelsumsätze im April vor allem in Deutschland – sie fielen um 1,7 %, nachdem sie bereits im März um 2,2 % gesunken waren. In Spanien verringerten sich die Verkaufszahlen um weitere 0,6 % und setzten damit die negative Entwicklung der letzten Monate seit Dezember fort. Ein nennenswerter Zuwachs (1,1 %) wurde nur in Finnland registriert.

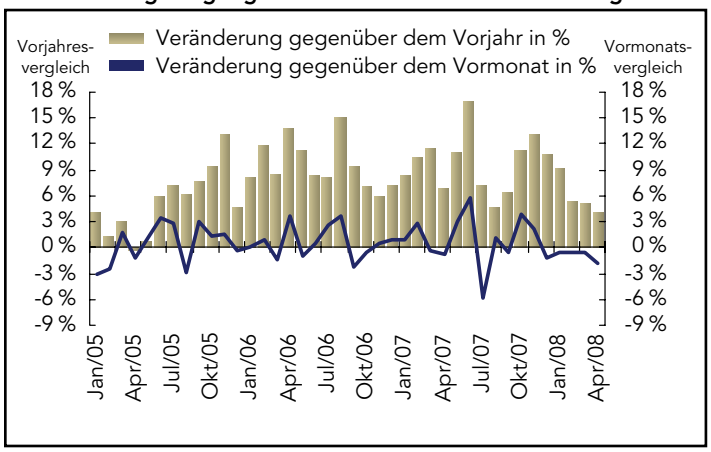
Einzelhandelsumsätze im dritten Monat in Folge rückläufig



Deutschland

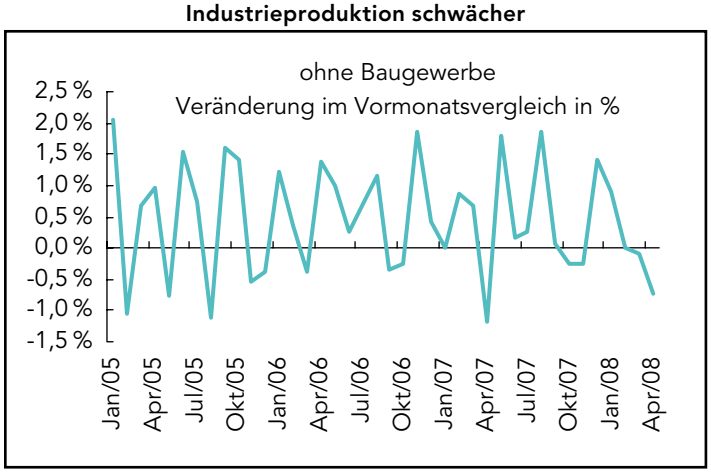
Die Auftragseingänge in der deutschen Industrie sanken im April überraschend deutlich um 1,8 % (fünfter monatlicher Rückgang in Folge). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um 4,0 %. Das Minus gegenüber dem Vormonat lässt sich in voller Höhe auf einen Rückgang der ausländischen Nachfrage um 3,8 % zurückführen. Die Binnennachfrage legte unterdessen um 0,3 % zu – vor allem bei Investitionsgütern wurde ein unerwartet deutliches Plus verzeichnet (2,6 %), während sich die Nachfrage nach Konsum- und langlebigen Gütern leicht erhöhte (0,4 %). Diesen Zuwächsen stand allerdings ein kräftiger Rückgang der Nachfrage im Basisgüterbereich um 2,0 % gegenüber. Bei der Auslandsnachfrage glichen erhebliche Verringerungen bei Basisgütern (-4,9 %) und Investitionsgütern (-3,9 %) einen soliden Zuwachs von 2,6 % bei Konsum- und langlebigen Gütern mehr als aus.

Auftragseingänge sinken im fünften Monat in Folge



Die Industrieproduktion fiel im April um 0,8 % gegenüber dem Vormonat, wuchs aber um 5,2 % verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahrs. Hintergrund der niedrigeren Produktionsleistung waren Produktionsrückgänge in allen wichtigen Bereichen mit Ausnahme des Investitionsgütersektors, der gegenüber März ein Plus von 1,7 % registrierte. Im Einzelnen sank die Produktion bei Zwischenprodukten um 2,2 % und bei Konsumgütern sogar noch stärker um 2,5 %, weitgehend bedingt durch ein deutliches Minus von 2,9 % im Bereich Verbrauchsgüter. Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt wurde ein Rückgang von 0,7 % verzeichnet, im Baugewerbe eine weitere Verringerung um 2,9 %, nach einem Einbruch um 13,9 % im März. Im Energiesektor ging die Produktion um 1,7 % zurück.

Industrieproduktion schwächer

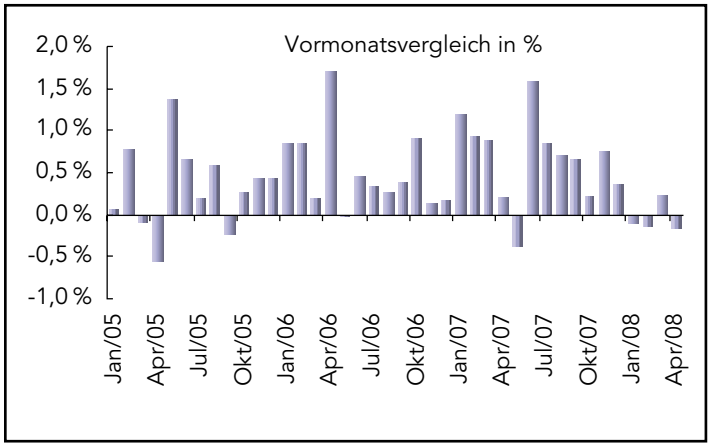


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

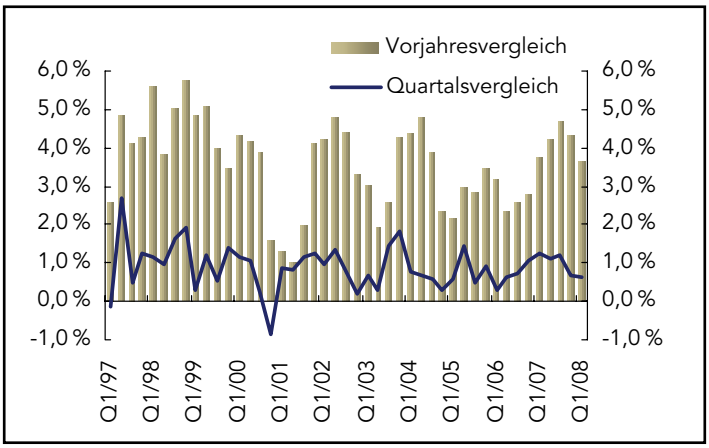
Die Umsätze des australischen Einzelhandels sanken im April leicht um 0,2 %, nachdem sie im Vormonat um 0,2 % gestiegen waren. Gegenüber April 2007 legten sie um 4,7 % zu. Nach Kategorien aufgegliedert fielen die Verkaufszahlen bei Lebensmitteln um 1,1 %, bei Freizeitartikeln um 1,2 % und im sonstigen Einzelhandel um 0,7 %. Umsatzanstiege zeigten sich in Kaufhäusern (1,9 %), bei Bekleidung & Textilien (2,9 %) und Haushaltsgütern (0,4 %).

Flaute im Einzelhandel



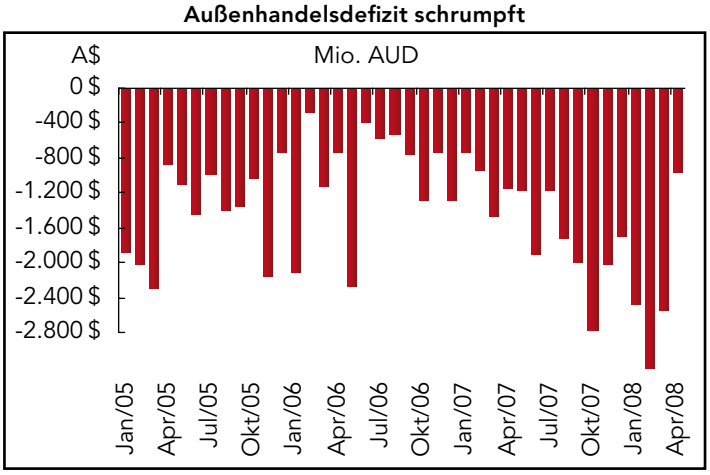
Das BIP-Wachstum betrug im ersten Quartal 0,6 % gegenüber dem Vorquartal und 3,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In den Bereichen außerhalb der Landwirtschaft wuchs das BIP um 0,7 %, während sich das Austauschverhältnis um 1,1 % verbesserte. Das Bruttoinlandseinkommen wuchs auf realer Basis um 0,8 %. Wachstumsmotor waren vor allem die Bruttoanlageinvestitionen, die um 1,6 % im Quartals- und 6,6 % im Vorjahresvergleich stiegen. Der Endverbrauch stieg um gesunde 0,6 % gegenüber dem vierten Quartal und um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Zuwächse verzeichneten dabei vor allem der Endverbrauch der Privathaushalte sowie Investitionen in neue Anlagenbauprojekte und in Rüstungsgüter. Den größten Negativbeitrag leisteten die Einfuhren. Der BIP-Kettenindex stieg um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal und um 3,1 % im Vergleich zum Vorjahr – ein Zeichen dafür, dass der Preisauftrieb unabhängig von der verwendeten Inflationskennzahl Anlass zur Sorge gibt.

BIP-Wachstum im ersten Quartal höher als erwartet



Das Warenhandelsdefizit schrumpfte im April auf unbereinigter Basis auf 2,034 Mrd. A$. Das Außenhandelsdefizit bei Waren und Dienstleistungen verringerte sich gegenüber März von 2,547 Mrd. A$ auf 957 Mio. A$. Dahinter standen in erster Linie eine Zunahme beim Export von Waren und Dienstleistungen, vor allem bei nichtlandwirtschaftlichen und sonstigen Gütern, sowie ein Rückgang bei der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, hauptsächlich bei Investitions- und Konsumgütern. Die Importe sanken um 2,2 %. Die größten Beiträge zum Rückgang leisteten die Bereiche Investitionsgüter (-10 %) und Konsumgüter (-6 %). Bei Zwischenprodukten und sonstigen Gütern nahmen die Einfuhren dagegen um 3 % zu, bei Dienstleistungen um 1 %. Das Ausfuhrvolumen erhöhte sich um 5,8 % auf 20,446 Mrd. A$. Der Export nichtlandwirtschaftlicher und anderer Güter wuchs um solide 7 %, der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse um 6 %. Die größten Zuwächse verzeichnete die australische Exportwirtschaft in den Bereichen Kohle, Koks & Briketts und Nichtwährungsgold.

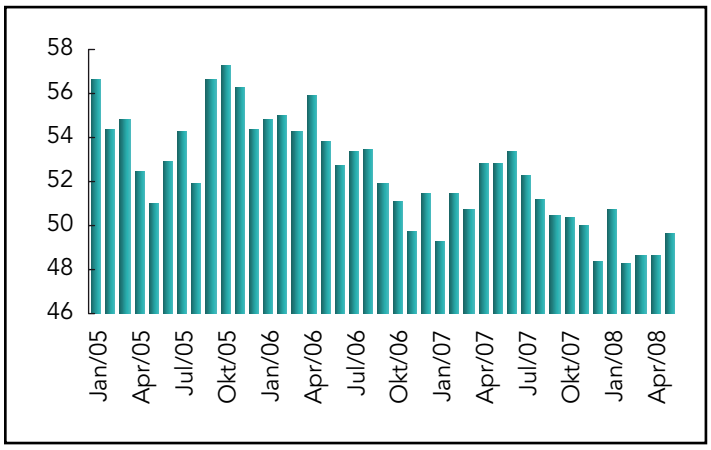
Außenhandelsdefizit schrumpft



USA

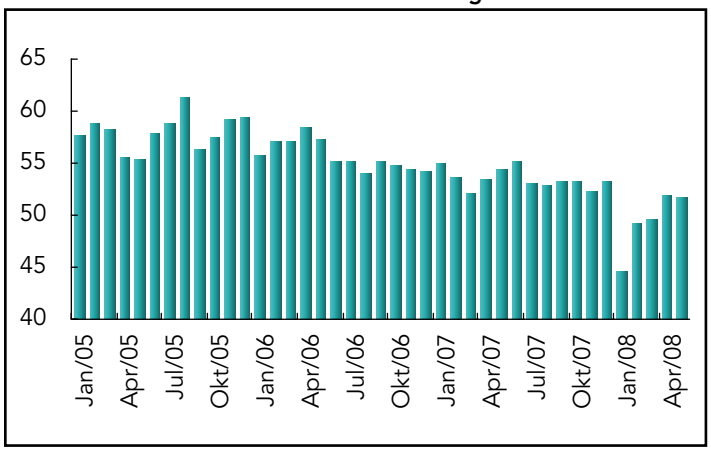
Der Konjunkturindex des Institute for Supply Management (ISM) für die Fertigungsbranche stieg leicht von 48,6 Punkten im April auf 49,6 im Mai – er lag damit zwar nur knapp unterhalb des Schwellenwerts von 50 Punkten, gleichzeitig war es bereits der vierte aufeinander folgende Monat, in dem der Index unterhalb der Schwelle zwischen Aufschwung und Abschwung verharrte. Der Index der Auftragseingänge verbesserte sich von 46,5 auf 49,7 Punkte. Die Komponente für die Ausfuhren, Hauptantrieb des Auftragswachstums, stieg auf 59,5 Punkte. Der Wert für die Industrieproduktion legte von 49,1 Punkten im April auf 51,2 zu und beendete damit einen zweimonatigen Abwärtstrend. Die Beschäftigungskomponente fiel erneut schwach aus und zeigte sich mit 45,5 Punkten kaum verändert. Die Preiskomponente des Index stieg von 84,5 Punkten im April auf 87,0 im Mai, den höchsten Wert seit April 2004.

ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe



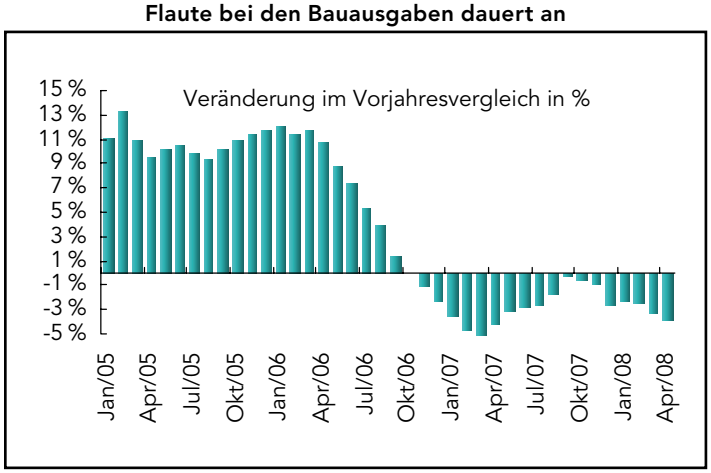
Der ISM-Index für das nichtproduzierende Gewerbe sank gegenüber April leicht von 52,0 auf 51,7 Punkte. Die einzelnen Komponenten des Index entwickelten sich uneinheitlich. Die Beschäftigungskomponente, die im bisherigen Jahresverlauf unter dem Schwellenwert von 50 Punkten gelegen hatte, bevor sie sich im vergangenen Monat etwas hatte erholen können, stieg nicht weiter. Der Index der Auftragseingänge verbesserte sich im dritten Monat in Folge (von 50,1 auf 53,6 Punkte), während der allgemeine Konjunkturindex von 50,9 auf 53,6 Punkte stieg. Allerdings stieg im Mai auch der Preisindex, und zwar um über 5 Prozentpunkte auf 77,0 Punkte, den höchsten Stand seit September 2005.

ISM-Index: Dienstleistungen



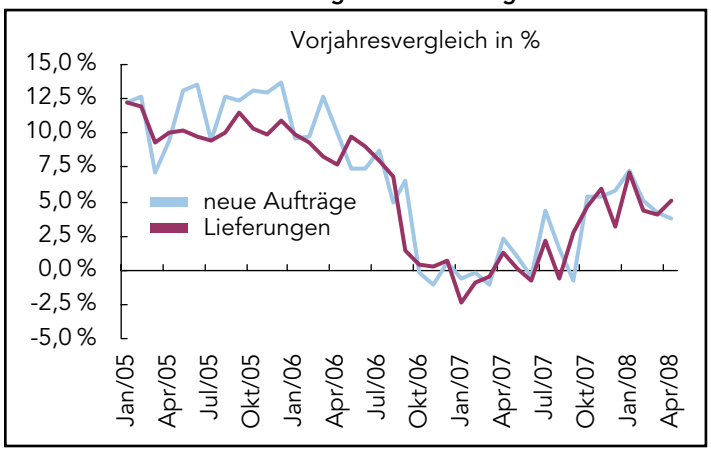
Die Bauinvestitionen sanken im April um 0,4 % (März: -0,6 %). Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Bauausgaben insgesamt um 3,9 %. Der stärkste Rückgang wurde mit -2,3 % im privaten Wohnungsbau registriert, gefolgt vom öffentlichen Bereich (-0,3 %). Die gewerbliche Bautätigkeit des privaten Sektors erhöhte sich im vergangenen Monat dagegen um 1,6 %. Hinter der Verringerung der privaten Wohnungsbauinvestitionen steht ein Rückgang bei Einfamilienhäusern um 4,4 % – die Bauinvestitionen in Mehrfamilienhäuser wuchsen dagegen leicht um 0,4 %. Die Zunahme der gewerblichen Bautätigkeit des privaten Sektors umfasste die meisten Bereiche, angeführt von der Hotellerie. Zuwächse zeigten sich auch in den Unterkategorien Handel, Gesundheitspflege, Bildungseinrichtungen, kirchliche Bauten, Transport, Energieerzeugung und verarbeitendes Gewerbe. Rückläufig waren die Bauinvestitionen nur in den Bereichen Freizeit- & Vergnügungsstätten und Kommunikation.

Flaute bei den Bauausgaben dauert an



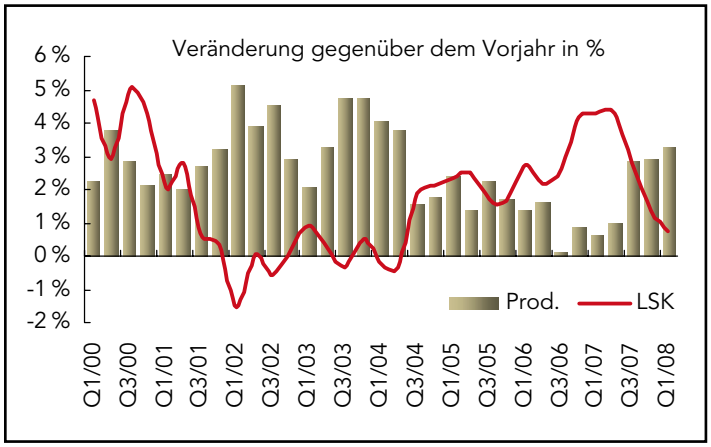
Der Auftragsbestand der amerikanischen Industrie stieg im April um 1,1 % gegenüber März und um 3,8 % gegenüber April 2007. Die Zunahme im Vormonat wurde von 1,4 % auf 1,5 % nach oben korrigiert. Bei Ausklammerung der Transportkomponente stiegen die Auftragszahlen um 2,6 % im Vormonatsvergleich. Rechnet man hingegen Rüstungsaufträge heraus, stieg die Zahl der Auftragseingänge um 1,3 %, wie auch bei Nichtberücksichtigung des Computerbereichs. Das Auftragsplus bei langlebigen Gütern (ohne den Transportsektor) wurde gegenüber einer vorläufigen Schätzung aus der Vorwoche von 2,5 % auf 2,4 % nach unten korrigiert. Die Verringerung bei den Bestellungen langlebiger Güter insgesamt wurde von -0,5 % auf -0,6 % korrigiert. Der Auftragszuwachs im Bereich Investitionsgüter (ohne Rüstungsaufträge und Flugzeuge) wurde von 4,2 % auf 4,0 % nach unten korrigiert.

Industrieaufträge und Lieferungen



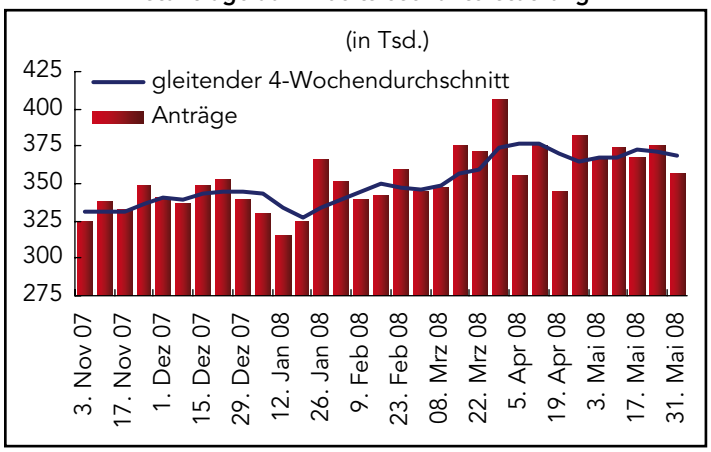
Das Produktivitätswachstum wurde für das erste Quartal auf 2,6 % (aufs Jahr hochgerechnet) nach oben korrigiert – die bisherige Schätzung hatte auf 2,2 % gelautet. Die Lohnkosten üben einen unverminderten Inflationsdruck aus – der Anstieg der Lohnstückkosten entsprach mit annualisierten 2,2 % der Prognose. Das Produktivitätswachstum gegenüber dem ersten Quartal 2007 betrug 3,3 %. Die Lohnstückkosten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %, die Stundenlöhne um 4,0 %.

Produktivität und Lohnstückkosten



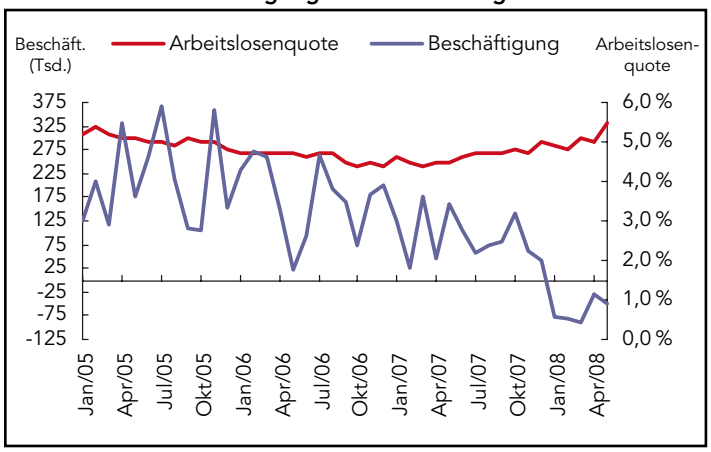
In der Woche bis zum 31. Mai sank die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung um 18.000 auf 375.000. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt verringerte sich gegenüber dem revidierten Wert der Vorwoche um 2.750 auf 368.500. Die Arbeitslosigkeit unter den Versicherten ging in der Woche bis zum 24. Mai nach einer ersten Schätzung saisonbereinigt um 16.000 auf 3.093.000 zurück, von 3.109.000 in der Vorwoche. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt erhöhte sich gegenüber der vorangegangenen Woche um 15.250 von 3.070.500 auf 3.085.750.

Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



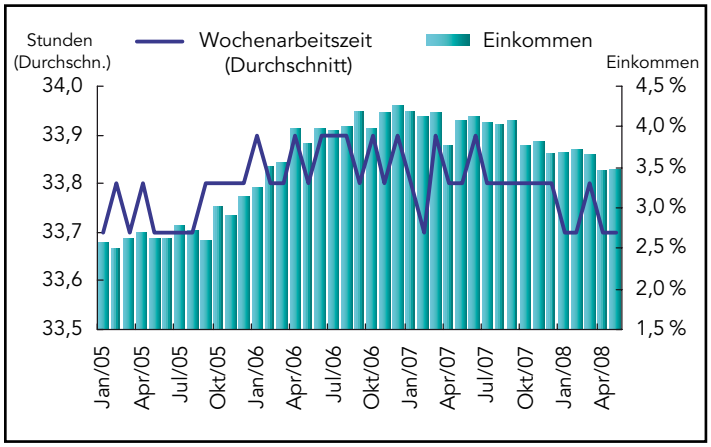
Die Zahl der Beschäftigten fiel im Mai um 49.000, nachdem sie im April um 28.000 gesunken war. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vormonat von 5 % auf 5,5 %. Rückläufig war die Beschäftigung im Bau- und im verarbeitenden Gewerbe, im Einzelhandel und in der Zeitarbeit, während im Bereich der medizinischen Versorgung erneut zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs um 861.000 auf 8,5 Mio. – dabei stellten die 16–24-Jährigen einen überproportional großen Anteil. Zu dem Anstieg tragen sowohl Arbeitskräfte bei, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, als auch erstmals und erneut Stellensuchende. Einen Sprung um einen halben Prozentpunkt machte die Arbeitslosenquote zuletzt im Februar 1985, bei 5,5 % lag sie zuletzt im Oktober 2004. Hinter dem starken Anstieg im Mai stehen möglicherweise auch Probleme bei der Saisonbereinigung, unter anderem, weil im Mai ein Teil der Studenten mit der Jobsuche beginnt.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag im Mai unverändert bei 33,7 Stunden. Im verarbeitenden Gewerbe betrug die Wochenarbeitszeit wie im Vormonat 41,0 Stunden. Die Gesamtzahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden sank im Mai um 0,2 %, nach einem Rückgang um 1,0 % im April. Der durchschnittliche Stundenlohn stieg um 0,3 %, nachdem er im Vormonat um 0,1 % zugelegt hatte. Im Vergleich zum Vormonat erhöhten sich die Löhne um 3,7 %.

Durchschnittseinkommen und -wochenarbeitszeit



Fazit und Ausblick

Inflation und Stagflation waren die Themen der Woche. Verschiedene Notenbanken äußerten sich besorgt über steigende Preise, besonders von Lebensmitteln und Brenn- und Kraftstoffen. Die Reserve Bank of Australia, die Bank of England und die Europäische Zentralbank ließen ihre Leitzinsen zwar unverändert bei 7,25 % beziehungsweise 5,0 % und 4 %, aber in den Erklärungen von RBA und EZB war die Besorgnis über die Preisentwicklung unüberhörbar. Die Bank of England veröffentlicht nach ihren Sitzungen gewöhnlich keine Stellungnahmen, außer unter speziellen Umständen oder bei einer Änderung ihrer Politik. An allen Finanzmärkten kam es im Wochenverlauf zu größeren Schwankungen.

In dieser Woche treten die Bank of Canada und die Bank of Japan zu Sitzungen zusammen, und in den USA stellt die Federal Reserve ihr „Beige Book" vor, in dem über die Verfassung der amerikanischen Wirtschaft berichtet wird. Es wird erwartet, dass die Zinsen in Kanada um weitere 25 Basispunkte auf 2,75 % sinken. Die Bank of Japan dürfte ihre neutrale Position beibehalten und den Leitzins bei 0,5 % lassen.

Vorausschau: 9. bis 13. Juni 2008

Notenbanken		
10. Juni	Kanada	Bank of Canada: Erklärung zur Geldpolitik
11. Juni	USA	„Beige Book" der Federal Reserve wird veröffentlicht
12., 13. Juni	Japan	Bank of Japan: Erklärung zur Geldpolitik

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa		
9. Juni	Deutschland	Warenhandelsbilanz (April)
	Großbritannien	Erzeugerpreise auf Input- und Outputbasis (Mai)
10. Juni	Frankreich	Industrieproduktion (April)
	Italien	Industrieproduktion (April)
		Bruttoinlandsprodukt (Q1 2008)
	Großbritannien	Industrieproduktion (April)
11. Juni	Großbritannien	Warenhandelsbilanz (April)
		Arbeitsmarktbericht (Mai)
12. Juni	EWWU	Industrieproduktion (April)

Asiatisch-pazifischer Raum		
11. Juni	Japan	Bruttoinlandsprodukt (Q1 2008)
		Corporate Goods Price Index (Mai)
12. Juni	Australien	Beschäftigung, Arbeitslosigkeit (Mai)

Amerika		
10. Juni	Kanada	Warenhandelsbilanz (April)
	USA	Außenhandel (April)
12. Juni	USA	Einzelhandelsumsätze (Mai)
		Import-/Exportpreise (Mai)
		Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
		Lagerbestände (April)
13. Juni	Kanada	Herstellerumsätze (April)
	USA	Verbraucherpreisindex (Mai)
		Verbraucherstimmung (Juni, vorläufig)